

Entwicklungen & Trends 2014

Internationale Zusammenarbeit im Kriechgang

von Tobias Reichert*

Nach Schätzungen der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) lag die Zahl der Hungernden weltweit im Jahr 2013 bei 805 Millionen.¹ Seitdem die Methodik der Zählung vor zwei Jahren verändert wurde,² wird ein langsamer, aber kontinuierlicher Rückgang beobachtet. Der Anteil der Hungernden an der Bevölkerung in Entwicklungsländern ist seit Anfang der 1990er-Jahre von 23,4 auf 13,5 Prozent gesunken. Setzt sich dieser Trend fort, besteht noch die Chance, das im Jahr 2000 gesetzte Millenniums-Entwicklungsziel (MDG) zu erreichen und den Anteil der Hungernden zu halbieren. Dabei ist die Bilanz regional sehr unterschiedlich. Während in Lateinamerika und der Karibik ein Rückgang um zwei Drittel erreicht werden konnte, ist die absolute Zahl der Hungernden in Afrika südlich der Sahara sogar angestiegen.

Bei der von der FAO ermittelten Zahl der Hungernden handelt sich um einen Mindestwert, der nur die Menschen erfasst, die weniger als den täglichen Mindestbedarf von etwa 1.800 Kalorien am Tag zu sich nehmen. Für körperlich arbeitende Menschen, also die große Mehrzahl der Armen, liegt der Bedarf deutlich höher. Die FAO schätzt, dass weltweit etwa 1,5 Milliarden Menschen diesen höheren Kalorienbedarf nicht decken können.³ Ein Wert, der seit den 1990er-Jahren mehr oder weniger konstant geblieben ist. Neben der unzureichenden Versorgung mit Nahrungsenergie ist der »verborgene Hunger« – der Mangel an Mikronährstoffen wie Vitaminen und Mineralien in der Nahrung – ein zusätzliches Problem. Etwa zwei Milliarden Menschen leiden weltweit unter Mikronährstoffmangel.⁴

Mikronährstoffdefizite wie z. B. Vitamin-A-Mangel, Eisenmangelanämie und Jodmangel sind in Entwicklungsländern (aber auch in Industrienationen) weit verbreitet. Besonders in Afrika südlich der Sahara und in Südasien ist der verborgene Hunger bei Kindern unter fünf Jahren und schwangeren Frauen besonders ausgeprägt. In vielen Entwicklungsländern basiert die Ernährung hauptsächlich auf stärkehaltigen Grundnahrungsmitteln wie Mais, Weizen, Reis und Maniok. Die »Grüne Revolution« der 1970er-Jahre in Asien steigerte vor allem deren Produktion. Damit wurde in vielen Ländern die Kalorienversorgung verbessert, nicht aber der Bedarf an Mikronährstoffen gesichert. In einigen Ländern wurden Grundnahrungsmittel zwar deutlich günstiger, die Preise für mikronährstoffreiche Nahrungsmittel hingegen stiegen sogar an.

Zahl der Hungernden geht weltweit zurück – auch dank neuer Statistik

Zwei Milliarden Menschen leiden unter »verborgenem Hunger«

* Dank an Saskia Reppin und Johannes Leimbach, die mich bei der Recherche unterstützt haben.

Die Lage der Welternährung ist also noch dramatischer als die ohnehin schon inakzeptabel hohe Zahl von 805 Millionen Hungernden verdeutlicht. Um zu einer echten Verbesserung zu kommen, ist eine grundlegende Veränderung des Landwirtschafts- und Ernährungssystems notwendig. Das internationale Bewusstsein dafür scheint zuzunehmen, aber die Kräfte, die einem echten Kurswechsel entgegenstehen, bleiben stark.

UN-Jahr für Familienlandwirtschaft – wenig praktische Folgen

Die Vereinten Nationen hatten das Jahr 2014 zum Jahr der Familienlandwirtschaft erklärt. Damit wird noch einmal anerkannt und bekräftigt, dass bäuerliche Familienbetriebe mehr als die Hälfte der weltweit verfügbaren Lebensmittel erzeugen. Der FAO-Generaldirektor Graziانو da Silva bezeichnet die Arbeit der Familienbetriebe als zentral für die Arbeit seiner Organisation.⁵ Ihre Leistung geht weit über die Produktion hinaus: Wissen, Traditionen und Lebensstile werden über Generationen hinweg erhalten. Die vielfältige Produktionsstruktur trägt in vielen Ländern zur besseren Versorgung mit frischen Lebensmitteln wie Obst und Gemüse und damit auch zur besseren Versorgung mit Mikronährstoffen bei.

»**Familienbasierte
Landwirtschaft**«
im Fokus

Die FAO-Definition der familienbasierten Landwirtschaft ist allerdings sehr vage: Sie umfasst alle Betriebe, die von Familien verwaltet werden und auf denen überwiegend Familienmitglieder arbeiten. Darunter fallen dann auch stark mechanisierte Großbetriebe in den USA und Teilen der EU. Dass die Förderung der Familienlandwirtschaft aus Sicht der FAO keine grundlegende Veränderung des landwirtschaftlichen Modells voraussetzt, wird auch daran deutlich, dass einer der UN-Sonderbotschafter zum Thema der langjährige Präsident des Deutschen und des Europäischen Bauernverbands, Gerd Sonnleitner, ist.

Zugleich beteiligt sich auch der weltweite Kleinbauernverband La Via Campesina an Aktivitäten im Rahmen des UN-Jahres.⁶ Er betont naturgemäß die Rolle der kleinbäuerlichen und agrarökologischen Landwirtschaft, die unter anderem dadurch gestärkt werden müsse, dass die vom Ausschuss für Welternährungssicherung der Vereinten Nationen (CFS) einstimmig beschlossenen *Freiwilligen Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern*, die auch den Zugang von Viehhaltern zu Weideland regeln, konsequent umgesetzt werden.

**Wenig Folgen – aber
mehr politische
Aufmerksamkeit**

Das Ende November 2014 auslaufende UN-Jahr hat, wie bei solchen Anlässen üblich, wenige praktische Konsequenzen. Nach Einschätzung des FAO-Generaldirektors ist das wichtigste Ergebnis eine erhöhte politische Aufmerksamkeit für das Thema. Diese habe dazu geführt, dass die Rolle einer nachhaltigen familienbasierten Landwirtschaft auch in den Diskussionen um die neuen globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung eine wichtige Rolle spielen.⁷

Ab 2015: Neue globale Ziele für nachhaltige Entwicklung

Im Rahmen der UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung im Jahr 2012, die den 20. Jahrestag der ersten großen Konferenz zu diesem Thema markierte, hatte die Staatengemeinschaft beschlossen, bis 2015 neue globale Ziele für nachhaltige Entwicklung zu vereinbaren. Diese Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals – SDG) sollen einerseits ein zentrales Instrument darstellen, um die Vorgaben der UN-Gipfel für Umwelt und Entwicklung umzusetzen. Andererseits sollen sie an die MDG anschließen und diese fortschreiben. Anders als die MDG sollen die SDG für alle Länder und damit auch die Industriestaaten gelten.⁸ In den bisher erarbeiteten Entwürfen ist auch ein Ziel vorgesehen, das Hungerbekämpfung und nachhaltige Landwirtschaft integriert: Bis 2030 soll der Hunger weltweit beendet und der Zugang aller Menschen, insbesondere der Armen zu sicherer, nahrhafter und ausreichender Nahrung gesichert werden. Bis dahin sollen auch alle Formen der Mangelernährung beseitigt werden.

**Neue nachhaltige
Entwicklungsziele
geplant**

Neben dieser Fortschreibung des MDG zur Hungerbekämpfung, formuliert der Entwurf für die SDG auch ausdrückliche Ziele an die Landwirtschaft. Produktivität und Einkommen von kleinstrukturierten Erzeugern von Lebensmittel sollen bis 2030 verdoppelt werden. Hervorgehoben werden Frauen, Indigene, Familienbetriebe, Pastoralisten und Fischer. Dazu soll unter anderem deren Zugang zu Land und anderen produktiven Ressourcen sowie zu Wissen, Finanzdienstleistungen und Märkten gesichert und fair gestaltet werden. Zugleich sollen nach-

haltige und widerstandsfähige Systeme der Lebensmittelproduktion gesichert werden, die nicht nur dazu beitragen, Produktivität und Produktion zu steigern, sondern auch Ökosysteme zu erhalten, die Bodenfruchtbarkeit steigern und die Fähigkeit zur Anpassung an Klimawandel und extreme Wetterereignisse wie Dürren zu erhöhen. Bis zum Jahr 2020 soll die genetische Vielfalt von Kulturpflanzen und Haustieren erhalten werden.

Die vorgeschlagenen Ziele sind gerade mit Blick auf die Vorgaben für die Landwirtschaft erfreulich fortschrittlich, da Kleinerzeugern eine besondere Rolle bei Produktivitäts- und Einkommenssteigerung zugewiesen wird und gleichzeitig an alle Formen der Produktion Anforderungen an die ökologische Nachhaltigkeit gestellt werden. Ein Schönheitsfehler ist allerdings, dass auf das Recht auf Nahrung zwar im Präambeltext hingewiesen wird, aber seine Realisierung nicht ausdrücklich im Zielkatalog auftaucht. Welche Indikatoren herangezogen werden sollen, um Hunger zu messen, ist noch nicht entschieden, und daher nicht klar, ob auch der verborgene Hunger direkt angegangen wird. Es ist unwahrscheinlich, dass der Zielkatalog der SDG bis zum formalen Beschluss im Herbst 2015 noch erweitert wird. Im Gegenteil gibt es derzeit eher Bestrebungen, die Anzahl der Zielvorgaben zu reduzieren.

Da die SDG auch für die Industriestaaten gelten werden, stellen sie deutlich höhere Anforderungen an deren Agrarpolitik. Kohärenz ist nun sowohl mit dem developmentspolitischen Anliegen zur Bekämpfung des Welthungers gefordert, als auch mit umweltpolitischen Zielen weltweit und vor Ort.

**Erfreulich
fortschrittlich**

Komitee für Welternährungssicherheit (CFS) – erfolgreich, aber unverbindlich

Das CFS hat sich in den letzten Jahren zu *dem* internationalen Forum entwickelt, in dem Probleme der weltweiten Ernährungssicherheit umfassend diskutiert und Lösungsansätze formuliert werden. Die formale Beteiligung von Kleinbauernorganisationen und anderen Nichtregierungsorganisationen, aber auch von Vertretern von Stiftungen und aus der Privatwirtschaft bringt eine breite Expertise und verschafft den Empfehlungen des CFS eine große Legitimität. Seit seiner Reform 2009 konnte das CFS schon eine Reihe von Dokumenten verabschieden – am prominentesten die *Freiwilligen Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern*. Auch in diesem Jahr wurden Empfehlungen verabschiedet, mit denen Nachernteverluste und Lebensmittel verringert und der Beitrag der Fischerei zur Ernährungssicherheit gesteigert werden sollen.

Große Legitimität

Vor allem durch den Einfluss des sog. »Zivilgesellschaftsmechanismus«, mit dem sich Kleinbauern und Nichtregierungsorganisationen an den Verhandlungen beteiligen können, gelingt es immer wieder, die besondere Rolle von Kleinbauern und handwerklicher Fischerei hervorzuheben und Unterstützung dafür einzufordern. Das wahrscheinlich wichtigste Dokument, das 2014 beschlossen wurde, sind die *rai*-Prinzipien für verantwortliche Investitionen in die Landwirtschaft (*rai* für *responsible agricultural investments*).⁹ Die zehn Prinzipien definieren einen Zielkatalog (siehe Kasten).

Die *rai*-Prinzipien werden dabei auf einen breiten Investitionsbegriff angewandt, so dass das Pflanzen einer Hecke oder der Einsatz von Kompostwirtschaft durch Kleinproduzenten ebenfalls dazuzählt. Entsprechend sollen diese Formen der Investition auch erleichtert und gefördert werden. Gleichzeitig beziehen sich die Prinzipien eindeutig auf bestehende Menschenrechtsverträge wie das Recht auf Nahrung oder die Leitlinien für die verantwortliche Verwaltung von Böden, die nicht nur die Staaten, sondern auch die Unternehmen in die Pflicht nehmen. Von zivilgesellschaftlichen Gruppen wird kritisch angemerkt, dass wirtschafts- und handelspolitische Verpflichtungen in den *rai* dasselbe Gewicht haben wie Menschenrechte. So sollen Staaten darauf achten, dass die *rai* so angewendet werden, dass sie nicht zu Handelsbarrieren führen, diese verschleiern oder protektionistischen Interessen dienen. Die Vertreter der Zivilgesellschaft im CFS hatten darauf gedrungen, dass im möglichen Konfliktfall Menschenrechte den Vorrang vor Handelsrechten haben sollten, konnten sich mit dieser Forderung aber nicht durchsetzen.

**Neue Prinzipien
für verantwortliche
Investitionen
verabschiedet**

Insgesamt berichten Teilnehmer am CFS aus Reihen der Zivilgesellschaft, dass eine Reihe von Ländern die Bedeutung des Rechts auf Nahrung insgesamt wieder schwächen wolle. So stellte die Regierung Australiens – mit Unterstützung der USA und Russlands – eine Deklaration

Zehn Prinzipien für verantwortliche Investitionen in die Landwirtschaft

Verantwortliche Investitionen in die Landwirtschaft ...

1. tragen zur Verwirklichung des Rechts auf Nahrung bei,
2. tragen zur nachhaltigen und inklusiven wirtschaftlichen Entwicklung und zur Armutsbekämpfung bei,
3. fördern Geschlechtergerechtigkeit und das Empowerment von Frauen,
4. beteiligen Jugendliche und führen zu ihrem Empowerment,
5. respektieren legitime Rechte der lokalen Bevölkerung bezüglich Land-, Fischerei-, Forst- und Wasserressourcen,
6. erhalten und nutzen die natürlichen Ressourcen in einer nachhaltigen Art, fördern die Widerstandsfähigkeit gegenüber von innen oder außen kommenden Störungen (Resilienz) und fördern die Katastrophenvorsorge,
7. respektieren das kulturelle Erbe, das traditionelle Wissen und unterstützen die Vielfalt,
8. fördern Sicherheit und Gesundheit,
9. haben inklusive und transparente Verwaltungsstrukturen, Prozesse und Beschwerdemechanismen,
10. berücksichtigen wirtschaftliche, ökologische, soziale und kulturelle Auswirkungen, suchen nach Lösungen und fördern die Rechenschaftspflicht.

Quelle: Committee on World Food Security (CFS) 2014

in Frage, die nicht viel mehr tut, als das Recht auf Nahrung zehn Jahre nach dem Beschluss der *Freiwilligen Leitlinien* noch einmal zu unterstreichen und seine Umsetzung unter Beteiligung der Zivilgesellschaft einzufordern. Letztendlich wurde die Deklaration inhaltlich nicht verändert. Dass dazu allerdings noch einmal längere Verhandlungen nötig waren, zeigt, dass auch in Industriestaaten ein menschenrechtlicher Ansatz in der Politik nicht selbstverständlich ist.

Wie alle Beschlüsse und Empfehlungen des CFS sind auch die *rai* unverbindlich und freiwillig. In der Logik des CFS sollen die Staaten dazu angehalten werden, die Empfehlungen umzusetzen, indem ein regelmäßiges Monitoring stattfindet. Dabei sollen die Maßnahmen der Staaten anhand des Rechts auf Nahrung überprüft werden, wobei alle betroffenen Gruppen durch partizipative Methoden einbezogen werden sollen. Wie so ein Mechanismus praktisch gestaltet werden soll, wurde im CFS noch nicht ernsthaft diskutiert.¹⁰ Weitere Schritte wurden zunächst auf das Jahr 2015 verschoben, so dass das CFS außer guten Argumenten und moralischen Appellen keine Möglichkeit hat, die Umsetzung seiner Empfehlungen einzufordern.

Während die internationale Gemeinschaft immer noch einigermaßen erfolgreich an unverbindlichen Empfehlungen und Leitlinien arbeitet, gestaltet sich die Einigung bei verbindlichen Instrumenten sehr viel schwieriger.

Klimagipfel 2015 – unbeständige Aussichten

Ende 2015 soll in Paris ein weiterer Anlauf gemacht werden, um ein neues internationales Klimaabkommen zu beschließen. Der Weltklimarat (IPCC) hat in seinem 2014 vorgelegten neuesten Bericht noch einmal und mit noch größerer wissenschaftlicher Sicherheit als bisher dargelegt, dass der Klimawandel stattfindet und ganz überwiegend auf menschliche Aktivitäten zurückzuführen ist. Um die Erderwärmung noch unter dem wahrscheinlich handhabbaren Niveau von zwei Grad Celsius zu halten, muss jedoch sofort mit einem Umbau des Energiesystems begonnen werden, das dann bis zum Ende des Jahrhunderts praktisch ganz ohne fossile Brennstoffe auskommen müsste.

Der IPCC sieht die Hindernisse dafür weder auf technologischer noch auf wirtschaftlicher Seite. Die Kosten für einen Umbau des Energiesystems seien absehbar deutlich geringer als die durch ungebremsten Klimawandel verursachten Schäden. Die Widerstände liegen vor allem auf der politischen Ebene. Ob sich diese bis zur Konferenz in Paris überwinden lassen, ist unklar. Einerseits hat die EU beschlossen, ihren Kohlendioxidausstoß bis 2030 um mindestens 40 Prozent zu reduzieren, beim mittlerweile weltgrößten Emittenten China gibt es Schritte zu entschiedenerem Klimaschutz und auch die US-Regierung ist in den Verhandlungen kons-

**Unverbindlich und
freiwillig**

**Widerstände vor
allem auf
politischer Ebene**

truktiv.¹¹ Andererseits haben die Republikaner bei den Zwischenwahlen im November 2014 die Mehrheit in beiden Parlamentskammern gewonnen. Nach einer aktuellen Umfrage halten 83 Prozent ihrer Anhänger den Klimawandel nicht für ein ernsthaftes Problem. Dass der derzeitige Kongress einem von der verhassten Obama-Administration verhandelten Klimaabkommen zustimmen würde, scheint nahezu unmöglich.

Scheitert ein Abkommen und steigen die Emissionen weiter an, wird die Landwirtschaft einer der am stärksten betroffenen Wirtschaftszweige sein. In vielen südlichen Ländern wird es zu heiß und zu trocken werden, um weiter gute Ernten zu erzielen.¹² Weltweit ist mit viel häufigeren Wetterextremen wie Dürren und Überschwemmungen zu rechnen, die dann regional zu Ernteausfällen führen. Beide Effekte würden die Ernährungssicherheit stark beeinträchtigen. Die Möglichkeiten zur Anpassung würden in vielen Regionen nicht ausreichen und das SDG zum Ende des Hungers wäre praktisch nicht erreichbar.

**Klimawandel:
Landwirtschaft am
stärksten betroffen**

WTO – nach Strohfeuer in Bali noch tiefer in der Krise

Der im Herbst 2013 angetretene neue Generaldirektor der Welthandelsorganisation WTO, der Brasilianer Roberto Azevêdo, konnte schon nach wenigen Monaten im Amt einen scheinbar wichtigen Erfolg erzielen. Die WTO-Mitglieder einigten sich auf der neunten Ministerkonferenz im indonesischen Bali auf wenige Teilaspekte der seit Jahren blockierten Doha-Runde zur umfassenden Handelsliberalisierung. Kernpunkte des »Bali-Pakets« sind ein neues Abkommen zum Abbau administrativer Handelsschranken, mit dem die bürokratischen Prozeduren an der Grenze verringert oder zumindest beschleunigt werden sollen, und eine Anpassung der Regeln für inländische Programme zur Ernährungssicherheit. Auf letzteres hatte vor allem Indien zusammen mit über 40 weiteren Entwicklungsländern gedrängt, da sie Lebensmittel für diese Programme zu staatlich festgelegten Preisen ankaufen, teilweise um kleinbäuerlichen Produzenten einen verlässlichen Absatz zu bieten. Dies wird in der WTO als handelsverzerrender Markteingriff gewertet, weshalb Ausgaben für diese Programme nur bis zu einer bestimmten Höhe zulässig sind. Durch ein 2013 beschlossenes Ernährungssicherheitsgesetz droht Indien nun diese Obergrenze zu verletzen. In Bali wollten agrarexportierende Länder, allen voran die USA, einer Regeländerung aber nicht zustimmen. Nach zähen Verhandlungen, bei denen auch die indische Zivilgesellschaft starken Druck ausübte, wurde ein Kompromiss beschlossen. Danach sollte eine Anpassung bis 2017 verhandelt und bis zur Einigung keine Klage gegen Ernährungssicherheitsprogramme geführt werden, die die Obergrenze verletzen.

**Ernährungssicherheit:
Kompromiss
von Bali scheitert ...**

An diesem Kompromiss wurde erneut der problematische Ansatz der Industriestaaten in der Doha-Runde deutlich, der dem Anspruch einer »Entwicklungsagenda« entgegensteht. Während für die Erleichterung des Handels sofort eine verbindliche Einigung getroffen werden sollte, wurde die Entscheidung über ein entwicklungspolitisch höchst relevantes Thema mit einer Übergangslösung versehen und erst einmal vertagt. Noch deutlicher wurde das bei anderen in Bali diskutierten Themen wie dem verbesserten Marktzugang für die ärmsten Länder oder dem Abbau von Exportsubventionen. Zu beidem wurden nur letztlich unverbindliche Absichtserklärungen beschlossen.

Dieses Vorgehen rächte sich im Sommer 2014, als das in Bali vereinbarte Abkommen zu Handelserleichterungen unterzeichnet werden sollte. Die im Frühjahr ins Amt gekommene neue nationalistische Regierung Indiens verweigerte die Unterschrift. Nicht weil sie das Abkommen an sich ablehnt, sondern weil sie fordert, dass die Regeln für Ernährungssicherheit gleichzeitig angepasst werden.¹³ Da einige andere Mitglieder – voran USA und EU – hierzu nicht bereit sind, ist die Doha-Runde nur ein halbes Jahr nach der Einigung in Bali wieder blockiert. Kommt es nicht bald zu einer Lösung, hätte sich die WTO als Forum zur Vereinbarung neuer Handelsregeln dauerhaft diskreditiert.

**... Doha-Runde
erneut blockiert**

TTIP und TPP – Agrarhandel spielt zentrale Rolle

Der seit Jahren dauernde Stillstand in der WTO hat zu noch mehr Verhandlungen über bilaterale und regionale Handels- und Investitionsabkommen geführt. Besonders prominent, da von großem wirtschaftlichen und politischen Gewicht, sind die Transpazifische Partnerschaft

(TPP), über die die USA mit ihren NAFTA-Partnern Kanada und Mexiko sowie Australien, Brunei, Chile, Japan, Malaysia, Neuseeland, Peru, Singapur und Vietnam verhandelt. Die Bedeutung des derzeit verhandelten TTIP-Abkommens zwischen der EU und den USA wäre noch größer, da beide trotz des Aufstiegs Chinas nach wie vor die größten Handels- und Wirtschaftsmächte sind.¹⁴

**TTIP & TTIP:
Landwirtschaftsthemen
spielen zentrale Rolle**

Landwirtschaftsthemen spielen in den Verhandlungen und der öffentlichen Diskussion trotz des eher geringen Anteils des Agrarhandels am gesamten Warenaustausch in beiden Blöcken eine wichtige Rolle. Einer der wichtigsten Streitpunkte im TPP ist die Weigerung Japans, seine stark geschützten Agrarmärkte so stark zu öffnen, wie die USA dies fordern. Zwischen der EU und den USA bestehen zwar auf einige Agrarprodukte – vor allem bei Fleisch und Milch – auch noch hohe Zölle. Die öffentliche Debatte entzündet sich hier aber stärker an der vorgesehenen Angleichung von Standards. Chlorhühner, Hormonfleisch und Gentechnik sind in der EU zu Symbolthemen des breiten Protests gegen das TTIP geworden.

Die Wahrscheinlichkeit, dass die EU ihre Regeln zu diesen Fragen wegen des TTIP *kurzfristig* ändert, ist dabei trotz der Forderungen von US-Lobbyverbänden in dieser Richtung gar nicht besonders groß. Auch und gerade wegen der öffentlichen Proteste. Die angestrebte »regulatorische Zusammenarbeit«, über deren Ausgestaltung wahrscheinlich noch nicht im Detail verhandelt wurde, wird voraussichtlich eher langfristig und schleichend wirken. Neue Initiativen, um Regeln für den Umwelt- und Verbraucherschutz beispielsweise im Bereich der Nanotechnologie einzuführen, werden sicher nicht dadurch erleichtert und beschleunigt, wenn sie vor oder während des Gesetzgebungsverfahrens auch in einem transatlantischen Regulierungsrat diskutiert werden, der vor allem darauf achtet, dass der bilaterale Handel nicht eingeschränkt wird. Auch bestehende Regeln wie zur Gentechnik können in so einem Gremium immer wieder in Frage gestellt werden. Die Agrarindustrie in der EU, die schon lange auf eine weitere Deregulierung drängt, wird dadurch sicher gestärkt.

**Agrarindustrie drängt
auf Deregulierung**

Der Verlauf der Verhandlungen zum TTIP wird stärker als bei allen anderen Handelsabkommen zuvor von den öffentlichen Protesten in der EU und gerade auch Deutschland beeinflusst. Schon jetzt wird die übliche strikte Geheimhaltung an einigen Stellen durchbrochen und zu einigen Themen gibt es sowohl in der Bundesregierung als auch der neuen EU-Kommission Absetzbewegungen vom ursprünglichen Mandat. Handelspolitisch könnte 2015 daher ein sehr interessantes Jahr werden.

**Massive öffentliche
Proteste**

Anmerkungen

- 1 FAO, IFAD, WFP: The state of food insecurity in the world 2014. Rome 2014.
- 2 FAO, IFAD, WFP: The state of food insecurity in the world 2012, Annex 2. Rom 2012.
- 3 Ebd.
- 4 Welthungerhilfe, International Food Policy Research Institute, Concern Worldwide: Welthunger-Index 2014. Herausforderung verborgener Hunger. Bonn, Washington, D.C., Dublin 2014.
- 5 FAO: Beyond the International Year of Family Farming. Rome 2014.
- 6 La Via Campesina: La Via Campesina's position on the International Year of Family Farming (2014).
- 7 FAO 2014 (siehe Anm. 5).
- 8 United Nations: Open Working Group proposal for Sustainable Development Goals. New York 2014.
- 9 B. Walter: Welche Wirkungen zeigen die Beschlüsse des Welternährungskomitees: der Monitoring-Mechanismus auf dem Prüfstand. Berlin 2014.
- 10 C. Callenius: Mehr Förderung von kleinbäuerlichen Investitionen. Berlin 2014.
- 11 S. Krefz: Zielscheibe Paris: 2°, 3° oder 4° Klimawandel? Bonn und Berlin 2014.
- 12 Greenpeace International: What does the IPCC WG II report say on food and agriculture? Amsterdam 2014.
- 13 S. Hilbig und T. Reichert: WTO-Abkommen ausgebremst. Berlin 2014.
- 14 Zum TTIP siehe auch den Beitrag von Berit Thomsen im Agrarpolitik-Kapitel dieses Agrarberichts (S. 47–52).



Tobias Reichert
Referent für Welthandel und
Ernährung bei Germanwatch e.V.

Schiffbauerdamm 15, 10117 Berlin
E-Mail: reichert@germanwatch.org